

Übung: Ein Prozess zur Pressefreiheit in Israel, verhandelt vor dem Obersten Gericht Israels während der Zweiten Intifada

Klagegrund: Das Pressebüro der israelischen Regierung beschließt Ende 2001, palästinensischen Journalisten, die Bewohner des Westjordanlands bzw. von Judäa und Samaria (jüdische Bezeichnung der gleichen Region) sind, von Januar 2002 an aus Sicherheitsgründen keinen Presseausweis mehr auszustellen, der sie zur Teilnahme an Pressekonferenzen der Regierung berechtigt und noch gültige Presseausweise nicht weiter zu verlängern.

Kläger:



Rollenspiel: Die Beteiligten in der Diskussion

- 1) **Ahmed Saif**
Palästinensischer Journalist, der in der Westbank lebt und ein israelisches Arbeitsvisum besitzt.
- 2) **Tehilla Friedman**
Vertreterin einer israelischen Organisation, die sich um Terroropfer im Zuge der 2. Intifada kümmert.
- 3) **Paul Holmes**
Vertreter einer internationalen Nachrichtenagentur (Reuters), die Ahmad Saif und weitere Journalisten aus dem Westjordanland beschäftigt.
- 4) **Daniel Seaman**
Vertreter des staatlichen israelischen Presseamtes, das über die Ausgabe von israelischen Presseausweisen entscheidet.

Aufgabenstellung:

1. Lesen Sie bitte die Argumentationshilfe für die Rolle, die Sie einnehmen.
2. Ziehen Sie für Ihre Argumentation die Grundgesetze und Ihr Rechtsempfinden zu Rate. Welche Bürgerrechte aus den Grundgesetzen unterstützen Ihre Position?

Argumentationshilfe 2: Tehilla Friedman

Vita

- Organisatorin von NAVAH (Nonprofit Association for Volunteering and Assisting the Hurt), einer israelischen Organisation, die sich um Opfer von Terroranschlägen und deren Hinterbliebene kümmert.
- Gegründet 2002, nach einer Serie von Selbstmordanschlägen auf israelische Bürger.
- NAVAH gibt emotionalen und sozialen Rückhalt für Opfer und Hinterbliebene von Terroranschlägen sowie
- Hilfestellungen für Hinterbliebene und Überlebende: Beratungshotline, Hausbesuche, Gruppentherapie, Erholungswochenenden, gemeinsame Feierlichkeiten zu jüdischen Feiertagen.

Problem

- Ein Journalist darf keinen Presseausweis erhalten, sofern er dadurch dem israelischen Staat und dessen Bevölkerung schaden könnte.
- Das Gericht entscheidet zwischen Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Sicherheitsaspekten. Letzteren ist von unserer Seite aus die größte Wichtigkeit zuzuordnen.

Mögliche Argumentationslinie

- Die körperliche Unversehrtheit der israelischen Bevölkerung (der Schutz des menschlichen Lebens im Ganzen) muss vom Obersten Gericht einer Demokratie als das höchste Gut angesehen werden; ohne körperliche Unversehrtheit sind alle Freiheitsrechte wertlos.
- Terror gegen die Zivilbevölkerung ist die schlimmste Art von Gewalt: man kann ihr nicht aus dem Weg gehen: die Tötung unschuldiger Zivilisten ist nicht vorhersehbar.
- Die verletzten Opfer und die Angehörigen der Toten leiden danach oft jahrzehntelang unter den resultierenden Traumata.
- Israel kämpft gegen asymmetrische Kriegsführung von Terrorbanden, die wahrscheinlich sogar von Jassir Arafat und der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstützt werden.
- Von Journalisten geht eine besondere Gefahr aus, da sie privilegierten Zugang zu hochsensiblen Bereichen haben.
- Selbst wenn von Ahmed Saif selbst nicht Gewalt ausgeht, so ist es möglich, dass dieser die palästinensische Meinung beeinflusst, so Hass gegen Israel verstärken kann und mit dieser Propaganda weitere Attentate hervorruft.
- Saif verbreitete bereitwillig Hamas-Propaganda, indem er in der Vergangenheit Führer dieser Terrororganisation interviewte.